

# Es gibt eine Mauer, die uns näher steht als die Berliner Mauer

Autor(en): **Stone, I.F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **57 (1963)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140804>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Es gibt eine Mauer, die uns näher steht als die Berliner Mauer

Unter diesem Titel schreibt *J. F. Stone* (*I. F. Stone's Bi-Weekly*, 24. Juni 1963):

Mr. Kennedy hat, wie wir alle, noch viel zu lernen, was die Rassenkrise angeht. Sie wird nicht gelöst durch eine Führung, die sich von Zeit zu Zeit in Erinnerung bringt. Es genügt nicht, daß er einmal eine gute Fernsehrede hält und hierauf davonstürmt, um sich an der Berliner Mauer photographieren zu lassen. Er bliebe besser zuhause und würde sich hier mit der nicht minder soliden Mauer zwischen weiß und schwarz abgeben. Er ist wie hypnotisiert durch den Unsinn einer multilateralen nuklearen NATO-Streitmacht — wäre es nicht besser, er würde bei uns in den USA für den Einsatz im Rassenkampf eine multilaterale Polizeimacht, das heißt Neger, mexikanische Amerikaner, Puertorikaner und Indianer in «fliegenden Abteilungen» organisieren, die unseren «Unberührbaren» und zweitklassigen Bürgern Hoffnung auf eine gerechtere Zukunft machen könnten — bevor Blut fließt in Straßenkämpfen. Die kommende Parlamentsdebatte und der Filibuster (Verunmöglichung einer Abstimmung durch Dauerredner) werden die Spannung im Rassenkampf nur noch verschärfen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wochenlange Demonstrationen in Birmingham, wie auch in Albany (Georgia) und in Jackson (Mississippi) bis jetzt nur zu ausweichenden Antworten führten oder zu einer offenen Weigerung, bessere Verhältnisse zu schaffen. Auch im Norden sogar, denken wir daran, geht es gegen die lilienweißen Gewerkschaften (die keine Schwarzen aufnehmen) und die «Einheitsschulen», die in Wirklichkeit nur von Schwarzen besucht werden.

Wie gesagt, es genügt nicht, daß Mr. Kennedy einmal einen Versuch macht, die moralische Führung in der Rassenkrise zu übernehmen, um den Dingen dann wieder den Lauf zu lassen, wie er vor zwei Jahren im Kreuzzug für den Frieden (in der UN) das Banner vorantrug, um es dann wieder fallen zu lassen. Jetzt fordert er das Pentagon wieder heraus, sich zu verpflichten, keine atmosphärischen Versuche zu unternehmen, wenn die Russen davon absehen. Zugleich bemüht sich das Pentagon, das dem Präsidenten als Oberbefehlshaber aller militärischen Kräfte unterstellt ist, hinter einer NATO-Fassade Nuklearwaffen in die Hände der Deutschen zu spielen und ist dann erstaunt, wenn die Russen mißtrauisch werden.

Auch die Universitätsrede Kennedys ist zum Teil begeistert und andererseits voller Blindheit. Wenn er sagt, die Russen versuchten andern Völkern ein System aufzuerlegen, das sie nicht wollen, so müssen wir doch zugeben, daß wir den Vietnamesen ebensosicher ein System aufzwingen wollen, wie die Russen den Ungarn und auch unsere

Haltung gegenüber Kuba ist kaum beispielhaft für die Weltgeltung von Gesetz und Ordnung, die wir stets proklamieren.

Weltfriede wie Friede im eigenen Land erfordern eine schmerzhaft nationale Selbstprüfung, ein Eingestehen bitterer, aber heilsamer Wahrheiten. Beides sind Aufgaben, denen nur vollverantwortliche Führung gewachsen ist — gelegentliche rhetorische Flüge, und seien sie noch so glänzend — sind nicht gut genug. Es ist sicher nicht leicht, heute der Mann im Weißen Haus zu sein. Es ist nicht Mangel an Mitgefühl mit dem Präsidenten und seinen Schwierigkeiten, wenn wir mehr von ihm verlangen (18. Juni).

## Zum Besuch Kennedys in Berlin

Vom Besuch des Präsidenten an der Berliner Mauer ist noch ein Detail nachzutragen, das unseres Wissens nirgends in der Schweizer Presse erschienen ist. Vielleicht weil der Vorfall die Deutsche Situation so grell beleuchtet?

Gegenüber dem Podium des Präsidenten an der Mauer erschien auf der DDR-Seite ein Plakat mit folgenden Fragen an Kennedy:

«Im Abkommen von Potsdam verpflichteten sich die USA-Präsidenten Roosevelt und Truman:

den deutschen Militarismus wie den Nazismus auszurotten,  
Kriegsverbrecher zu verhaften und sie ihrer Verurteilung zuzuführen,

das Wiedererstehen des deutschen Militarismus zu verhindern,  
alle militaristische und Nazi-Propaganda zu verbieten,  
dafür zu sorgen, daß Deutschland seine Nachbarn und den Weltfrieden niemals mehr bedroht.

*Diese Versprechen sind in der Deutschen Demokratischen Republik (von Adenauer «Ostzone» genannt) erfüllt.*

*Wann werden diese Versprechen in Westdeutschland und in Westberlin erfüllt werden, Mr. Kennedy?»*

Der Präsident las das Plakat, reagierte aber gar nicht darauf.

I. F. Stone's Bi-Weekly, 8. Juli 1963

## Verhütung einer Kuba-Revolution

Bodenreform und soziale Gerechtigkeit hätten die Revolution in Kuba verhindert. Wenn die Wall Street und ihre Lieblinge (Batista war nur der letzte von ihnen) dafür gesorgt hätten, daß in Kuba die abwesenden Großgrundbesitzer durch unabhängige Farmer ersetzt und die Leibeigenschaft der Landarbeiter abgeschafft worden wären, so wäre ein gewichtiges Motiv für die Revolution dahingefallen. Als die Revolution einmal ein fait accompli war, hätte der USA-Präsident ein